

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Digitale Offensive in den Hagener Schulen

Beratungsfolge:

03.09.2020 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht bezüglich der Beschaffung, Verteilung und Wartung von digitalen Endgeräten an Hagener Schulen zu geben.

Die SPD-Ratsfraktion behält sich nach dem Sachstandsbericht vor, Anträge zu stellen.

Kurzfassung
entfällt

Begründung
siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung
Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
im Hause

28. August 2020

Digitale Offensive in den Hagener Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um dringliche Aufnahme des og. Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, gem. § 6 Abs.2 GeschO, am 3. September 2020.

Die Verwaltung wird gebeten, einen Sachstandsbericht bezüglich der Beschaffung, Verteilung und Wartung von digitalen Endgeräten an Hagener Schulen zu geben.

Die SPD-Ratsfraktion behält sich nach dem Sachstandsbericht vor, Anträge zu stellen.

Begründung:

Mit dem „Sofortprogramm digitale Endgeräte“ fließen von Bund und Land etwa 2,2 Mio. Euro nach Hagen. Damit sollen Kinder und Jugendliche mit Laptops und Tablets versorgt werden, deren Eltern keine Geräte finanzieren können. Dass das Land die Laptops und Tablets für die Lehrerinnen und Lehrer finanziert, ist ebenfalls hilfreich.

Allerdings geht aus einem Bericht in WP/WR vom 27.8.2020 hervor, dass neben anderen Kommunen auch Hagen Probleme beim Abrufen und Einsetzen der Fördermittel erwartet. Die Beschaffung binde viel Personal und Zeit, eine Strategie für die technische Wartung und die Softwarepflege der Geräte muss erst noch ausgearbeitet werden und ist mit Eigenkosten für die Stadt verbunden.

Die Dringlichkeit ergibt sich aus dem möglichen Verlust der Fördermittel, wenn hier nicht möglichst zeitnah Lösungen gefunden und umgesetzt werden.

Freundliche Grüße



Claus Rudel
Vorsitzender SPD-Ratsfraktion

Anlagen (2)



Schulen müssen auf Laptops warten

Städte beklagen fehlendes Personal – und der Markt für Geräte ist leergefegt

Düsseldorf. Die Städte in Nordrhein-Westfalen haben erhebliche Probleme bei der Beschaffung von Laptops und Tablet-PC für Schüler und Lehrer. Das ergab eine Umfrage dieser Zeitung.

Das Land stellt den Kommunen zwar 178 Millionen Euro für neue „digitale Endgeräte“ zu Verfügung, aber es dürfte noch Monate dauern, bis die ersten Computer bei den Pädagogen und den Kindern ankommen. Damit ist fraglich, ob das Förderprogramm den Schulen in der Corona-Krise noch hilft.

Die Hauptkritikpunkte der Städte: Der Markt für diese Geräte sei derzeit praktisch leergefegt. Die erforderlichen Ausschreibungen dauerten Monate, außerdem fehle vie-

len Schulträgern das Personal für die Beschaffung, für die Hilfe bei Technik-Problemen sowie für die Wartung der neuen Schul-Computer. Die Frist bis zum Jahresende, die den Kommunen für den Abruf der Landesmittel gewährt wird, reiche bei Weitem nicht. „Wir brauchen realistische Fristen, um die Mittel auch nach dem 31. Dezember abrechnen zu können“, sagte Pit Clausen (SPD), Vorsitzender des Städte- tages NRW und Oberbürgermeister von Bielefeld, dieser Zeitung.

„Die Kommunen fühlen sich überfordert, der Verwaltungsaufwand ist zu groß“, warnte Berthold Paschert, Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Auch die GEW schlägt vor,

die Antragsfrist zu verlängern, möglichst bis zum Ende des Jahres 2021.

Ein Sprecher des Städte- und Gemeindebundes sagte: „Zu Verzöge- rungen kommt es derzeit vor allem wegen der extrem hohen Nachfra- ge. Es geht immerhin um Endgeräte für 2,5 Millionen Schüler allein in NRW. Das gibt der Markt nicht von heute auf morgen her. Bisher sind noch keine neuen Geräte in den Schulen angekommen. Die techni- sche Ausstattung der Schulen ist al- lerdings von Stadt zu Stadt unter- schiedlich. *mk/cho/Bericht Region*





Digitales Arbeiten soll massiv vorangetrieben werden. Aktuell sind die allermeisten Schulausstattungen nicht auf neuestem Stand. FOTO: FRISO GENTSCH / PA

Wo bleiben die Laptops?

Schüler und Lehrer in NRW sollen neue Computer bekommen. Das Geld für die digitale Offensive ist da, doch die Geräte fehlen. Ein Überblick über die Probleme der Städte

Von Matthias Korfmann
und Christopher Onkelbach

Düsseldorf. Kein Land stellt so viel Geld für den Kauf von Computern für Schüler und Lehrer zur Verfügung wie NRW. Aber die Initiative leidet unter Startschwierigkeiten. Ein Überblick – auch über die Situation in den Ruhrgebietsstädten.

Gelsenkirchen: Die Stadt hat bislang keine Mittel abgerufen und somit noch keine Geräte angeschafft. Ihr stehen 3,5 Millionen Euro zu, damit wäre die Anschaffung von 7000 Schülergeräten möglich. Hinzu kommen 3000 Geräte für Lehrkräfte, wofür die Stadt knapp 1,5 Millionen Euro ausgeben kann. Wann die Computer zur Verfügung stehen, sei offen. „Aktuell laufen die Bedarfsabfragen“, so die Stadt. Schon jetzt werde deutlich, dass der tatsächliche Bedarf aber höher sei. Zudem würde zusätzliches Geld für Ausstattung und Support der Geräte benötigt. Kritisch sieht die Stadt, dass die Gelder bis zum Jahresende ausgegeben werden müssen. Das sei kaum zu schaffen. Schulleiter hätten signalisiert, dass ihnen für die Ausleihe der Geräte an die Schüler Personal fehle.

Essen: Derzeit laufe bereits das Vergabeverfahren für die Schul-Laptops. Die Stadt geht davon aus, dass „noch in 2020, voraussichtlich im Herbst“ die ersten Geräte ausge-

geben werden können. Ausgeschrieben wurden 12.000 Geräte für Schüler sowie 5000 Laptops für Lehrer. Die Beschaffung sowie die Organisation der Verteilung „stellt den Schulträger und die Schulen vor große Herausforderungen. Dennoch ist es gelungen, in kürzester Zeit die Ausschreibung in die Wege zu leiten.“

Duisburg: Bislang ist noch kein Gerät angeschafft worden. Der Stadt stehen 5,8 Millionen Euro für 12.000 Schülergeräte sowie 2,5 Millionen Euro für 5000 Lehrer-Laptops zur Verfügung. „Wir sind sicher, dass wir beide Programme bis Jahresende umsetzen werden und bereiten den Mittelabruf beim Land vor“, teilt die Stadt mit. Die Frage sei, wie sich NRW an den laufenden Kosten beteiligen werde. „Lediglich die landesbediensteten Lehrer einmalig mit Endgeräten auszustatten und die Wartung und den Support bei den Kommunen zu belassen, reicht nicht“, so die Stadt.

Hagen: Auch in Hagen hat noch kein Schüler oder Lehrer ein Laptop erhalten. „Es wird angestrebt“, alle Fördermittel abzurufen und einzusetzen. Rund 2,2 Millionen Euro stehen Hagen zu. Die Beschaffung bindet aber viel Personal und Zeit. „Ein großes Problem stellt die aktuelle Verfügbarkeit am Markt dar.“ Die Stadt schlägt vor, dass das Land die Geräte zentral beschaffen sollte.

Dortmund: Bisher wurden hier keine Mittel abgerufen. Die Stadt will 17.000 Geräte für Schüler und 6000 für Lehrer kaufen, aber die Lieferzeit bei großen Herstellern liege bei über drei Monaten, und die Konfiguration der Computer dürfte weitere zwei bis drei Monate dauern. Lieferengpässe seien derzeit das größte Problem.

Mülheim: Die Stadt befindet sich nach eigenen Angaben noch in der „Vorbereitungsphase“ und stimmt sich mit den Schulen ab.

Klagen über hohen Zeitdruck

Weil sich der Gerätebestand in den Schulen vervielfachen werde, hemmten die „dafür nicht ausgelegten Personalressourcen“ die Planung.

Bochum: Wegen der „kurzen Vorlaufzeit“ wurden noch keine Mittel abgerufen und keine Geräte beschafft. Es geht um 9000 Computer. Ob dies bis zum Jahresende gelingt, sei aus Sicht der Verwaltung „mehr als offen“. Auch Bochum wünscht eine Fristverlängerung über den 31. Dezember hinaus.

Düsseldorf: Die Stadt klagt ebenfalls über Zeitdruck und einen „leer gefegten Markt“. Allerdings hat sie vorgelegt: „Wir haben bereits Mitte März 15.000 iPads über einen bestehenden Vertrag abgerufen, so dass wir aktuell 23.500 iPads in den Schulen haben.“ Hinzu kommen rund 7000 Desktop-PC und Lap-

tops. Die Schulen verteilen die Geräte an die Bedürftigen.

NRW-Schulministerium: Die Landesregierung glaubt an den Erfolg des Programms. „Die ersten Zuwendungsbescheide sind erstellt worden. Zahlen werden in Kürze vorliegen“, teilt das Ministerium mit. Insgesamt 356.542 bedürftige Schüler sollen davon profitieren. Nach Auskunft der Regierung plant der Bund, weitere 500 Millionen Euro für Wartung und Verwaltung der IT-Infrastruktur bereitzustellen. Sollte in den Verhandlungen Einigung erzielt werden, werde das Land die Vereinbarung schnell umsetzen, um die Schulträger zu unterstützen.

Kommunale Spitzenverbände: „Wir brauchen eine gemeinsame Strategie von Land und Kommunen für das digitale Lehren und Lernen in den Schulen, eine langfristig tragfähige Lösung für Betrieb, Support, Wartung und Ersatzgeräte“, sagte NRW-Stadtetag-Chef Pit Clausen (SPD). Er und die Dortmunder Schuldezernentin Daniela Schneckenburger (Grüne) erinnern daran, dass Lehrer Landesbeschäftigte sind. Also stehe NRW bei den Kosten für die Wartung und den Kauf von Ersatzgeräten in der Pflicht. Auch der Städte- und Gemeindebund NRW ruft nach Landeshilfe: „Das Administrieren, Pflegen und Warten von tausenden Geräten lässt sich nicht mit ein paar Überstunden erledigen.“

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

Amt/Eigenbetrieb und ggf. beteiligte Ämter:

- 15 Fachbereich für Informationstechnologie und Zentrale Dienste
48 Fachbereich Bildung

Betreff: Drucksachennummer: 0763/2020

Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Digitale Offensive an den Hagener Schulen

Beratungsfolge:
03.09.2020 Haupt- und Finanzausschuss

Die Verwaltung ist unmittelbar nach der Veröffentlichung des Förderaufrufs in die Prüfung der Förderbedingungen eingestiegen. In enger Abstimmung zwischen dem Fachbereich Bildung und dem Fachbereich für Informationstechnologie und Zentrale Dienste wurde innerhalb kürzester Zeit ein detailliertes Konzept für die Umsetzung der beiden Fördermaßnahmen erarbeitet und dem Verwaltungsvorstand (VV) zur Entscheidung vorgelegt.

Inhaltlich setzt sich das neunseitige Dokument mit den besonderen Anforderungen auseinander, die sich aus den Förderbedingungen u. a. für die Geräteauswahl und deren Verwaltung ergeben. Darüber hinaus wird auf die Anforderungen des Datenschutzes und der Datensicherheit eingegangen sowie die Auswahl des (richtigen) Betriebssystems entwickelt. Im Ergebnis liefert das Konzept einen differenzierten Lösungsvorschlag für die Umsetzung in Hagen und beinhaltet eine (erste) Kalkulation der erforderlichen Personalressourcen und Finanzmittel.

In seiner Sitzung am 25.08.2020 hat der VV entschieden, dass die Stadt Hagen Förderanträge für die volle Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten stellen wird und den Fachbereich für Informationstechnologie und Zentrale Dienste mit einem Vergabeverfahren für die Beschaffung von rund 7.000 iPads beauftragt. Ob ausreichend Geräte auf dem Markt verfügbar sind, wird sich dann zeigen.

Zutreffend ist, dass die extrem kurze Frist für die Umsetzung der Fördermaßnahmen sämtliche Kommunen vor erhebliche Probleme stellt, die organisatorischen und technischen Voraussetzungen für den Einsatz einer derartig großen Menge neuer Geräte bis zum Jahresende zu realisieren. In Hagen sind die betroffenen Fachbereiche deshalb parallel zur Abwicklung des Vergabeverfahrens intensiv mit den notwendigen Vorbereitungen beschäftigt.

Insgesamt müssen sich die über die neuen Förderprogramme beschafften Geräte in das Hagener Gesamtkonzept zur Umsetzung des Digital-Pakts Schule einfügen, das ständig weiter vorangetrieben wird. Auf die entsprechende parallel in der Beratung befindliche Vorlage Drucksachen-Nr. 0497/2020 wird verwiesen. Auch in diesem Punkt arbeiten die beiden Fachbereiche intensiv an der Klärung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen. Die Mittel im Rahmen des Digitalpakts stehen bis zum 31.12.2021 für die jeweilige Kommune bereit.

Unabhängig von der geschilderten Vorgehensweise stimmt sich der Fachbereich für Informationstechnologie und Zentrale Dienste laufend mit dem KDN ab, um auch die NRW-weite Entwicklung bewerten zu können.

gez. Erik O. Schulz
Oberbürgermeister

gez. Christoph Gerbersmann
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Verfügung / Unterschriften

Veröffentlichung

- Ja
 Nein, gesperrt bis einschließlich _____

Oberbürgermeister

Gesehen:

Stadtkämmerer

Stadtsyndikus

Beigeordnete/r
Die Betriebsleitung
Gegenzeichen:

Amt/Eigenbetrieb:

Beschlussausfertigungen sind zu übersenden an:

Amt/Eigenbetrieb:

15
48

Anzahl:

1
